

# DRESDNER REDEN 2019

27. Februar 2019

**Karola Wille**

**Es geht um Demokratie – Unser gemeinsamer  
freier Rundfunk**

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.



**STAATSSCHAUSPIEL  
DRESDEN**



**SÄCHSISCHE  
ZEITUNG**

# DRESDNER REDEN 2019

in Kooperation mit der Sächsischen Zeitung

3. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Doris Dörrie** *Regisseurin, Filmproduzentin und Schriftstellerin*

**Auf Wanderschaft. Fremd und zuhause. Meine Heimat und ich.**

17. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Karola Wille** *Intendantin des MDR*

**Es geht um Demokratie – Unser gemeinsamer freier Rundfunk**

24. Februar 2019, 11.00 Uhr

**Robert Menasse** *Romancier und Essayist*

**Der Preis der Werte**

10. März 2019, 11.00 Uhr

**Ian Kershaw** *Historiker und Schriftsteller*

**Europas Krise und Zukunftsperspektiven**

# VORSTELLUNG DURCH JOACHIM KLEMENT, STAATSSCHAUSPIEL DRESDEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu den Dresdner Reden im Schauspielhaus.

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Wille,

ich freue mich sehr, dass ich Sie heute als zweite Rednerin im diesem Jahr begrüßen darf. Als vor 14 Tagen die Filmregisseurin Doris Dörrie hier am Pult stand, war mir noch nicht klar, dass Sie einen Bezug zu einander haben. Dazu muss man vielleicht wissen, dass Frau Wille nicht nur Intendantin des MDR, sondern auch Filmintendantin der ARD ist.

Zu ihrem persönlichen Interesse am Film 2012 in der Wochenzeitung Die Zeit befragt, sagte sie, im Kino möge sie keine Action. Dafür gut Erzähltes: DIE LEGENDE VON PAUL UND PAULA oder KIRSCHBLÜTEN. Und KIRSCHBLÜTEN ist nun einer der bewegendsten Filme von Doris Dörrie.

Wie schön, dass wir gemeinsam das Interesse an der Arbeit dieser großartigen Regisseurin teilen.

Vielleicht vorab etwas zur Biografie von Karola Wille.

Sie wurde 1959 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geboren, wo sie bis zum Abitur 1977 ihre Schulzeit verbrachte. Anschließend studierte sie in Jena Rechtswissenschaften, absolvierte nach dem Abschluss als Diplomjuristin ein Forschungsstudium und promovierte 1986.

Am Institut für Internationale Studien war sie in Leipzig bis 1991 als wissenschaftliche Assistentin tätig und erlangte die Lehrbefähigung in Medienrecht. 2002 verlieh ihr die Universität die Honorarprofessur für dieses Fach.

Karola Wille war im Anschluss zunächst als Justiziarin für die Stadt Leipzig tätig, bevor sie im November als 1. Referentin in die Juristische Direktion des MDR wechselte, deren Leitung sie 1996 übernahm. Als Juristische Direktorin leitete sie darüber hinaus 1997 und 1998 die Juristische Kommission von ARD und ZDF, da der MDR in dieser Zeit den ARD-Vorsitz inne hatte.

**Karola Wille**, Intendantin des MDR, spricht in ihrer Rede **ES GEHT UM DEMOKRATIE – UNSER GEMEINSAMER FREIER RUNDFUNK** zum Thema Wahl- und Medienfreiheit: 2019 sind die Menschen in Sachsen wie auch in ganz Europa aufgerufen, ihr Recht auf freie Wahlen zu nutzen und mitzubestimmen, wer in den Parlamenten der Kommunen, des Freistaats und in Europa in ihrem Namen Politik macht. Medienfreiheit ist ein Fundament für das Funktionieren unserer Demokratie. Unser gemeinsamer freier Rundfunk steht in der Verantwortung, die Vielfalt der Themen, Fakten und Meinungen abzubilden und die öffentliche Debatte zu befördern, und dies umso mehr in einer digitalisierten Medien- und Kommunikationswelt. Meinungs- und Pressefreiheit waren zentrale Forderungen der Menschen im Osten, die für die Friedliche Revolution 1989 auf die Straße gegangen sind. Auch heute braucht eine gelebte Demokratie aufgeklärte und mutige Bürgerinnen und Bürger – und von Politik wie von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Medien.

Im Oktober 2011 wurde Karola Wille zur Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks gewählt. Sie trat ihr Amt zum 1. November 2011 an. 2016 wurde sie vom MDR-Rundfunkrat für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt.

In den Jahren 2016 und 2017 war Karola Wille zugleich ARD-Vorsitzende, da der MDR zum zweiten Mal den Vorsitz in der Sendergemeinschaft übernahm.

Als Filmintendantin der ARD pflegt Prof. Dr. Karola Wille die Kontakte mit Produzentenverbänden sowie den Austausch mit Verbänden der Film- und Fernseh-schaffenden aller Gewerke.

Darüber hinaus vertritt sie die ARD in Verwaltungsrat und Präsidium der Filmförderungsanstalt.

Als Anerkennung ihrer außerordentlichen Verdienste um die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wurde sie im vergangenen Jahr von der französischen Kulturministerin zum Chevalier de l'ordre des Arts et des Lettres ernannt.

Hier und heute geht es um Demokratie: ES GEHT UM DEMOKRATIE – UNSER GEMEINSAMER FREIER RUNDFUNK ist der Titel ihrer Rede. Es geht also um die Themen Wahl- und Medienfreiheit.

2019 sind die Menschen in Sachsen wie auch in ganz Europa aufgerufen, ihr Recht auf freie Wahlen zu nutzen und mitzubestimmen, wer in den Parlamenten der Kommunen, des Freistaats und in Europa in ihrem Namen Politik macht.

Medienfreiheit ist ein Fundament für das Funktionieren unserer Demokratie. Unser freier Rundfunk steht in der Verantwortung, die Vielfalt der Themen, Fakten und Meinungen abzubilden und die öffentliche Debatte zu befördern, und dies umso mehr in einer digitalisierten Medien- und Kommunikationswelt.

Meinungs- und Pressefreiheit waren zentrale Forderungen der Menschen im Osten, die für die Friedliche Revolution 1989 auf die Straße gegangen sind. Auch heute braucht eine gelebte Demokratie aufgeklärte und mutige Bürgerinnen und Bürger – und von Politik wie von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Medien.

Aber, wie macht man das heute, die Aufgaben der vierten Gewalt wahrnehmen? Wie schafft man es, in einer digitalisierten Welt unabhängig zu berichten, umfassend sachlich und verständlich zu informieren, damit sich Bürgerinnen und Bürger eine Meinung über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenhänge bilden können? Denn das ist ja die Voraussetzung, um eine Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können.

Das Mediensystem befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Die Möglichkeiten der neuen Technologien lassen aus privaten Rezipienten und Konsumenten aktive Produzenten und Akteure werden. Das verändert die soziale Welt grundlegend.

Aber spiegeln die neuen Möglichkeiten damit auch gleich die Welt? Oder dienen Sie nur der Reproduktion der eigenen Perspektive oder die der eigenen Blase?

Wie sieht sie heute aus, die öffentlich rechtliche Grundversorgung, die transparent und unabhängig ist und sich, auch aufgrund der besonderen Finanzierung, nicht einer insgesamt wachsenden Kommerzialisierung und dem Druck der Einschaltquoten beugen muss oder müsste?

Sehr geehrte Frau Prof. Wille, ich freue mich sehr auf Ihre Ausführungen.

Seien Sie uns sehr herzlich willkommen. Die Bühne gehört jetzt Ihnen.

# ES GEHT UM DEMOKRATIE – UNSER GEMEIN- SAMER FREIER RUNDFUNK

## Dresdner Rede von Karola Wille

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Intendant,

ich habe mich sehr über die Einladung in dieses wundervolle Staatsschauspiel hier in Dresden gefreut.

Es ist für mich auch eine Ehre, hier eine „Dresdner Rede“ halten zu dürfen. Noch dazu am Beginn eines besonderen Jahres, das Weichen in Europa, aber auch in unserem Land, stellen wird.

2019 ist ein Jahr voller zeitgeschichtlicher Ereignisse. Hier in Dresden begehen wir in diesem Jahr das 60-jährige Jubiläum der Städtepartnerschaft mit Coventry und Breslau. Uns allen sind noch die bewegenden Bilder vor wenigen Tagen in Erinnerung, wie tausende Menschen hier in Dresden in einer Menschenkette für Frieden und Versöhnung zusammenstehen.

Hinzu kommen solche Gedenktage unserer jüngeren Geschichte, wie 100 Jahre Weimarer Nationalversammlung, 100 Jahre Frauenwahlrecht und Bauhaus, über 15 Jahre EU-Osterweiterung, bis hin zu 30 Jahre friedliche Revolution. Sie alle beschreiben den Weg unserer aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft.

2019 ist auch ein Jahr der politischen Weichenstellungen mit Wahlen zum europäischen Parlament, Landtagswahlen, der Bremer Bürgerschaftswahl und zahlreichen Kommunalwahlen.

Alle diese besonderen gesellschaftlichen Ereignisse verbindet ein Thema: „Es geht um Demokratie“.

Es sind alles Anlässe, um sich über unsere Demokratie, ihre Werte, ihren Zustand auszutauschen und über das, was wir alle in dieser uns bewegenden Zeit für den demokratischen Diskurs und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt tun können. Und für mich ist der Gedanke dieser Zeit „Es geht um Demokratie“ Anlass dafür, heute in meiner Rede den Zusammenhang zwischen Demokratie und freien Medien näher zu beleuchten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in wenigen Monaten finden die Landtagswahlen hier in Sachsen, in Brandenburg und Thüringen statt. Die Parteien haben denn auch schon begonnen, sich auf den Wahlkampf einzuschwören. Wahlen sind der Grundstein jeder Demokratie.

In dieser Zeit der Vorbereitung auf den Wahlmarathon erweckte Ende Januar eine Meldung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung große Aufmerksamkeit. Das Institut für Demoskopie Allensbach hatte Bürgerinnen und Bürgern in West- und Ostdeutschland folgende Frage gestellt.

*„Glauben Sie, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, die beste Staatsform ist?“*

Während 77% der Befragten im Westen die Frage mit „Ja“ beantworteten, waren es in Ostdeutschland gerade einmal 42%, also nicht einmal jeder zweite. Die Schlagzeilen vermeldeten es aufgeregt, einzelne Kommentatoren bekamen Schnappatmung: „Seht her – die Ostdeutschen glauben nicht an die Demokratie!“ Andere fanden die Überschrift: „Ostdeutsche – unwillig, den Pluralismus zu ertragen“.

Nun sind solche Umfragen bekanntlich mit Vorsicht zu genießen. Ehe man voreilige Schlüsse zieht, lohnt es sich immer, die Frage, die gestellt wurde, ganz genau unter die Lupe zu nehmen.

*„Glauben Sie, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, die beste Staatsform ist?“*

Augenscheinlich hatten hier viele der Befragten im Osten genau zugehört: Nicht die Demokratie als Staatsform löste die Skepsis aus, sondern die Realität, in der unsere gelebte Demokratie den Menschen im Alltag begegnet.

In der Demokratie, die wir in Deutschland haben, – so meinten also offenbar die Befragten in den ostdeutschen Ländern – ist noch Luft nach oben.

Damit befinden sie sich in guter Gesellschaft. Im Juni 2009 hielt der damalige

US-Präsident Barack Obama eine viel beachtete Rede in der Universität von Kairo. Die folgenden Sätze erregten Aufsehen bei den Studentinnen und Studenten und gingen anschließend um die Welt:

„Eine Regierung für die Bürger und bestehend aus den Bürgern setzt einen Standard für alle, die an die Macht kommen: Man muss die Macht durch Konsens, nicht durch Zwang erhalten, durch die Achtung der Rechte von Minderheiten und Mitwirkung im Geist der Toleranz und des Kompromisses. Die Interessen der Bürger und die legitime Arbeit des politischen Prozesses müssen wichtiger sein, als die Interessen einer Partei. **Wahlen allein machen ohne diese Zutaten noch keine wahre Demokratie aus.**“

Man kann Obamas Appell kurz zusammenfassen: Alle paar Jahre wählen genügt nicht! Demokratie bekommen wir nicht geschenkt. Demokratie ist immer so stark, wie wir sie machen. Die Deutschen in West, aber vor allem hier im Osten, wissen das aus ihrer Geschichte.

Eine Demokratie ist also, wenn sie stabil und krisenfest sein soll, eine *Baustelle*.

Auf jeder guten Baustelle orientiert man sich am *Baustellenplan*. Wie aber sieht der Plan für eine gute Demokratie aus? Und wie kann er am besten umgesetzt werden? Auf der Suche nach dem Plan für unser demokratisches Gemeinwesen schaut die Juristin natürlich erst einmal ins Gesetz.

Unser demokratischer Baustellenplan findet sich im Grundgesetz. Auch das Grundgesetz feiert 2019 übrigens einen runden Geburtstag. Es wird im Mai 70 Jahre alt. Ein Anlass mehr, sich mit der Frage zu befassen, wie es um die Baustelle „Demokratie“ bestellt ist.

Im Grundgesetz ist verankert, dass das Volk Träger der Staatsgewalt ist. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus und wird in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.

Letztlich geht es bei der Frage, wie man eine gute Demokratie organisiert, immer um dasselbe Problem: Wie lässt sich das Handeln der Staatsorgane auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zurückkoppeln?

Das Grundgesetz hat sich für eine *repräsentative* Demokratie entschieden. Die gewählten Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Das System mag ein wenig schwerfällig erscheinen, hat aber unbestreitbar große Vorteile: Wir leben in einer globalisierten Welt voller Komplexität.

Es sind politische und rechtliche Fragen zu beantworten. Es sind finanzielle, wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Langzeitfolgen zu bedenken. Gesetze zu machen ist über die Jahre auch nicht einfacher geworden. Es geht immer auch um die Einfügung der neuen Regelung in die übrige nationale und internationale Rechtsordnung, damit das Gesamtsystem einigermaßen bruchlos funktioniert.

Das ist selbst für Fachleute manchmal schwierig, es erfordert Zeit und die Bereitschaft, die eigene Arbeit fortlaufend in Frage zu stellen und zu korrigieren. Schon Konrad Adenauer hat bekanntlich für das Recht geworben, „alle Tage ein wenig klüger zu werden“.

Die Regierung und das Parlament dürfen deshalb die Fähigkeit und den *Willen* zur fortlaufenden Überprüfung und Korrektur ihrer Entscheidungen nicht verlieren. Was dabei heraus kommen kann, wenn sie das nicht mehr können oder wollen, müssen wir gerade in Großbritannien beim Brexit mitansehen. Kein sonderlich empfehlenswertes Beispiel!

Wie aber soll in der repräsentativen Demokratie die fortlaufende Rückkopplung auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger gelingen? Die Bürgerinnen und Bürger treffen ihre politischen Entscheidungen bei den Wahlen. Dabei präsentieren ihnen die politischen Parteien Kandidaten und Parteiprogramme. Aber zwei Jahre später stehen dann plötzlich Fragen im Raum, an die bei der Wahl noch niemand gedacht hat.

Ein ganz wesentliches Problem der repräsentativen Demokratie scheint mir darin zu bestehen, dass viele Wählerinnen und Wähler den Eindruck haben, sie stellen mit dem Kreuz auf dem Wahlzettel den Politikern eine Art Blankoscheck für vier Jahre aus und anschließend würde sich keiner mehr um ihre Meinung und ihre realen Sorgen, Nöte und Anliegen kümmern.

So stellt sich das unser Grundgesetz aber nicht vor. Die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes ist eine *Mitmachveranstaltung*. Jedem steht es frei, in einer politischen Partei mitzuwirken. Das Grundgesetz räumt den Parteien eine wichtige Rolle ein.

Sie können diese Aufgabe nur ausfüllen, wenn in ihnen ein breites Spektrum an Wissen und Kenntnissen über die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung repräsentiert ist.

Niemand kann für alles ein Experte sein. Niemand hat Lebenserfahrung für alle Lebenslagen. Die Parteien müssen aber zu *allen* wichtigen politischen Fragen Vorschläge erarbeiten. Da kann jeder mithelfen.

Nun kann und will nicht jeder Mensch in eine Partei eintreten. Gerade wir Deutschen sind in dieser Frage nachvollziehbarerweise empfindlich.

Deshalb ist die Mitarbeit in einer Partei nur eine der Möglichkeiten, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Das Grundgesetz sagt, Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes *mit*. Sie haben mitnichten ein Monopol.

Bürgerinnen und Bürger können und sollen, auch ohne Parteibuch, auf den politischen Prozess Einfluss nehmen. Dies tun sie nach der Konzeption des Grundgesetzes, indem sie von ihrem Grundrecht auf Informations-, Meinungs- und Ver-

sammlungsfreiheit Gebrauch machen. Dadurch bildet sich fortlaufend das, was man „die öffentliche Meinung“ nennt. Sie entsteht durch ständige Auseinandersetzung zwischen sozialen Kräften und Interessen in einer freien Gesellschaft. Sie ist buchstäblich „im Fluss“ und damit idealtypisch in der Lage – ganz im Adenauerschen Sinne – „alle Tage klüger zu werden“.

Das ist unser demokratischer „Baustellenplan“ nach dem Grundgesetz. Wenn wir weiter mit diesem Plan bauen wollen, müssen wir uns als Nächstes eines soliden Fundaments vergewissern.

Das Fundament, auf dem das Demokratiemodell des Grundgesetzes errichtet ist, ist ein ergebnisoffenes Diskursmodell. Die Verfassungstheoretiker sprechen vom Modell der „demokratischen Öffentlichkeit“. Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich durch ständige gegenseitige Kontrolle und Kritik die „beste Gewähr für eine richtige politische Linie“ einstellt. Das komplizierte System beruht letztlich auf dem Vertrauen in die aufklärerische Funktion von Argumenten.

Das Miteinander-Argumentieren, ist das „Lebenselement“ der repräsentativen Demokratie. Dialog ist anstrengend. Er kostet Zeit. Und macht viele Menschen ungeduldig, die lieber eine schnelle Entscheidung hätten von einem, der, oder einer, die „einfach mal durchgreift“. Es ist aber, wie Barack Obama es ausgedrückt hat, „die legitime Arbeit des politischen Prozesses“, in dem Macht durch Konsens erhalten wird und nicht durch Zwang. Und in dem die Rechte von Minderheiten und ihre Mitwirkung garantiert werden.

In einer funktionierenden Demokratie eröffnet der Diskurs in der demokratischen Öffentlichkeit der politischen Minderheit eine reale Chance, auch ihre politischen Ziele durchzusetzen. Nur unter dieser Voraussetzung kann von der Minderheit verlangt werden, dass sie die Entscheidung der Mehrheit akzeptiert, auch wenn sie ihr nicht gefällt. Nur wer diesen Mechanismus anerkennt, steht auf dem Boden des Grundgesetzes.

Wer dem politischen Wettbewerber hingegen ankündigt, er werde „aufräumen“, sobald er erst einmal an der Macht sei, hat dieses Fundament vermutlich bereits verlassen.

Wenn man sich die Bedeutung vergegenwärtigt, die ein freier, fairer und offener Diskurs für das Funktionieren der Demokratie hat, wird verständlich, dass die Rechtsordnung einen Rahmen schaffen muss, in dem die Auseinandersetzung tatsächlich mit den Mitteln des *Arguments* erfolgen kann. Die Bürgerinnen und Bürger können nur dann eine verantwortliche Wahl treffen, wenn sie sich über die Fakten, die Ansichten von Parteien und anderen Gruppen und Institutionen sowie die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen *umfassend* informieren können. Demokratie setzt informierte und urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger voraus.

Eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Diskurs ist die Fähigkeit und vor allem auch die Bereitschaft, Tatsachen von Meinungen zu unterscheiden.

Tatsachen sind, wie wir Juristen sagen, „dem Beweise zugänglich“, soll heißen, sie können bewiesen oder widerlegt werden.

Fakten sind die Essenz beziehungsweise die harte Währung des Journalismus. Zahlen müssen stimmen, Daten müssen stimmen, Zitate müssen stimmen. Fakten unterscheiden sich durch ihre Beweisbarkeit von den Meinungen, die von subjektiver Einschätzung geprägt sind. Nur Fakten können wahr oder falsch sein. Meinungen sind niemals „wahr“. Sie sind sympathisch oder eher nicht, sie sind vielleicht manchmal nicht gut begründet, oder naiv oder voreilig. Sie sind daher aber auch niemals falsch.

Ein rationaler Diskurs ist für die Demokratie, wie es das Bundesverfassungsgericht ausdrückt, „schlechthin konstituierend“. Deshalb ist der Unterschied von Tatsache und Meinung für die rechtliche wie für die politische und die mediale Auseinandersetzung zentral. Dazu gehört auch, dass *bewusst* unwahre Tatsachendarstellungen von vornherein nicht von der Meinungsfreiheit geschützt sind.

Daraus folgt im Gegenzug eine weitere wichtige Regel für den demokratischen Diskurs. Es ist die vielleicht wichtigste von allen: Meinungen, die einem unsympathisch sind, die man nicht teilt, sind deshalb noch lange keine *Lügen*. Sie sind einfach *andere* Meinungen. Solche unbequemen Meinungen muss man aushalten!

Das gilt auch für uns in den Medien.

Idealerweise sollte man sich unbequemen Meinungen sogar bewusst aussetzen. Dazu gehört auch manchmal besser zuhören, um die eigene Meinung, die ja ebenso wenig eine Tatsache ist, notfalls korrigieren zu können.

So betonte Bundespräsident Steinmeier zum Jahresbeginn: „Wir müssen mehr lernen zu streiten, unsere Unterschiede auszuhalten.“

Wir sehen derzeit in den Vereinigten Staaten, was passiert, wenn diese zentrale „Kulturtechnik“ abhanden kommt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Im Februar 2018 tötete ein Schüler an der Stoneman Douglas Highschool in den USA 17 Menschen. Die Eltern gingen daraufhin an die Öffentlichkeit, um schärfere Waffengesetze einzufordern. Anstatt sich nun mit der *Meinung* dieser Eltern auseinanderzusetzen, dass Waffenverbote ihre Kinder besser schützen als bewaffnete Lehrkräfte, behaupteten Waffenfans, dass das Massaker gar nicht stattgefunden habe, sondern von „Krisenschauspielern“ inszeniert worden sei. Dahinter stünden die Demokratische Partei, das FBI und natürlich der Philanthrop George Soros, der den aufrechten Amerikanern ihre Waffen wegnehmen wolle.

Wir erleben hier derzeit, dass der Geltungsanspruch der Wahrheit durch belegbare Tatsachen in Frage gestellt wird, wenn Sie so wollen, einen Rückfall vor das Zeitalter der Aufklärung.

Angesichts dieser Entwicklungen gerät der berühmte Satz von Hannah Ahrendt aus dem Jahre 1951 in Erinnerung: „Die idealen Untertanen totalitärer Herrschaft sind Menschen, für die die Unterscheidung zwischen Fakten und Fiktion und zwischen wahr und falsch nicht länger existiert“.

So weit darf es nicht kommen. Der Einzelne hat alles Recht, seine eigene Meinung zu äußern. Ein „Recht auf eigene Fakten“ gibt es nicht. Kommentare sind frei, aber die Nachrichten und Fakten sind heilig.

Wenn infolge einer irrationalen Polarisierung die gemeinsame Faktenbasis verloren geht, hat das weitreichende Folgen. Auch das drückt sich derzeit in der amerikanischen Gesellschaft aus.

Ich höre immer wieder, dass Demokraten und Republikaner inzwischen in unterschiedlichen Stadtvierteln leben und auch an den Universitäten nicht mehr miteinander diskutieren. Die Sprachlosigkeit, ja die Spaltung, reicht bis in die Familien. Forscher in den USA stellen eine immer tiefer werdende Spaltung im Land fest: Bereits Anfang 2000 ist dies mit der Wahl von George W. Bush stärker geworden: Heute mit der Wahl von Trump stehen sich Demokraten und Republikaner wie zwei Stämme unversöhnlich gegenüber. Das Maß an Ablehnung der anderen Seite ist so groß geworden, dass die Leute nur noch glauben, was im Sinne ihrer Gruppe ist. Selbst die soziale Struktur des Landes ist betroffen. Laut einer aktuellen Studie unterstützen 86 % aller verheirateten Paare die gleiche Partei – Tendenz steigend. Republikaner heiraten keine Demokraten und umgekehrt. Es geht schon nicht mehr allein um politische Meinungsverschiedenheiten, sondern darum, dass jede Gruppe die jeweils andere für charakterlich fragwürdig hält. Es wird mittlerweile nicht mal mehr von Polarisierung gesprochen, da dies Symmetrie voraussetzt. Mittlerweile spricht man von Radikalisierung.

In Deutschland ist die Lage zum Glück nicht so eskaliert. Eine Auswertung des Twitter und Facebook-Verkehrs der Süddeutschen Zeitung hat z. B. gezeigt, dass es bei uns, auch dank der Angebote der Tagespresse und des Rundfunks, immer noch eine funktionierende Mitte der Gesellschaft gibt. Andersdenkende stehen miteinander im Austausch, solange es eine gemeinsame Tatsachenbasis für ihren Diskurs gibt. Eine entscheidende Rolle für die Bildung demokratischer Öffentlichkeit spielen deshalb die Medien.

In einer Demokratie ist es die wichtigste Aufgabe der Medien, die gemeinsame Tatsachenbasis für den auf Argumenten basierenden öffentlichen Diskurs bereitzustellen und auf dieser Grundlage die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Sie leisten somit in einer Demokratie einen unverzichtbaren Beitrag zu einem offenen und freien Austausch von Informationen, über Standpunkte, Meinungen, Haltung und Werte. Deshalb gibt es auch eine unauflösbare Verbindung zwischen der Freiheit des der Wahrheit verpflichteten Journalismus und der Freiheit in der Demokratie.

Damit sind wir bei der nächsten interessanten Frage, nämlich wie eine *Medienordnung* gestaltet sein muss, in der dies alles gelingen kann.

Der Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland wurde angesichts historischer Erfahrungen nach dem 2. Weltkrieg von den westlichen Alliierten als staatsferner Rundfunk aufgebaut. Alle relevanten Themen aus Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft sollten angemessen berücksichtigt, die Vielfalt an Informationen, Meinungen dargestellt werden. Rundfunk war Ländersache von Beginn an, sodass in den Bundesländern staatsferne öffentlich-rechtliche Anstalten entstanden. Anders als in der ehemaligen DDR entstand so kein staatlich beherrschter Rundfunk, sondern ein staatsunabhängiger, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der einem freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildungsprozess der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist.

Die im Grundgesetz verankerte Rundfunkfreiheit ist in der Bundesrepublik Deutschland im Kern ein der Demokratie und dem demokratischen Diskurs dienendes Freiheitsrecht. Mittlerweile gibt es 14 Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichtes, die dieses Freiheitsverständnis bestätigen.

Und die Rundfunkordnung muss dementsprechend sicherstellen, dass die Vielfalt der Meinungen im Rundfunk möglichst breit und vollständig ihren Ausdruck findet. Dabei obliegt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die mediale Grundversorgung für die Gesamtbevölkerung. Auch private Rundfunkveranstalter müssen einen Mindeststandard an Vielfalt gewährleisten. Im Rahmen der dualen Rundfunkordnung, d. h. dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Aufgabe, ein Leistungsangebot herauszubringen, das einer anderen Entscheidungsrationalität als der der ökonomischen Anreize folgt.

Diese Grundsätze und Prinzipien der Medienordnung wurden nach der Wende auch in den neuen Bundesländern eingeführt.

Dementsprechend finden sie in allen Rundfunkgesetzen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Auftrag, dass er durch umfassende Informationen zur freien, individuellen und öffentlichen Meinungsbildung im Dienste der mündigen Bürger und damit zum demokratischen Diskurs der Allgemeinheit beiträgt.

Das Programm soll dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit umfassend über alle relevanten politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Ereignisse informiert wird. Sein klassischer Auftrag umfasst dementsprechend Information, Bildung, Unterhaltung und Kultur.

Da Demokratie nur funktionieren kann, wenn es einen gemeinsamen Kommunikationsraum gibt, in dem unterschiedliche Sichtweisen ausgeleuchtet werden und an konsensualen Problemlösungen gearbeitet wird, obliegt dem öffentlich-rechtlichen



Rundfunk neben dem Vielfaltsauftrag auch ein Integrationsauftrag. Was die differenzierte Darstellung der ostdeutschen Lebenswirklichkeit in den bundesweiten Angeboten anbelangt, so ist sicher auch hier noch ein Stück Luft nach oben.

Seit dem Entstehen kommerzieller Rundfunkanbieter Mitte der 80er Jahre gibt es immer wieder Diskussionen, ob das für eine Demokratie erforderliche Informationsangebot nicht auch allein durch diese Medien bereitgestellt werden kann. Die Anbietervielfalt hat durch die neuen digitalen Übertragungswege und die Internetwelt zudem noch rasant zugenommen.

Das stimmt, hat aber einen „Pferdefuß“: Sind die Angebote überwiegend durch Werbung finanziert, orientieren sie sich letztlich an den Wünschen der werbetreibenden Industrie. Das ist die Logik *dieses* Marktes. Das Bundesverfassungsgericht spricht von vielfaltsverengenden Zwängen, die von der Werbefinanzierung ausgehen.

Überwiegend werbefinanzierte Medien müssen sich also vor allem am Massengeschmack der jeweiligen Zielgruppe orientieren.

Hinzu kommt, dass die werbefinanzierten Medien ebenso wie die Presse sich durch die Digitalisierung in einer massiven ökonomischen Umbruchsituation befinden. Wir erleben derzeit eine massive Umschichtung des Werbemarktes zugunsten der Internet-Riesen.

Allein die beiden Giganten Google und Facebook räumen zwischen 60 und 70 % der digitalen Werbevolumina ab. Den Rest teilen die anderen untereinander auf. In den USA haben in den letzten 15 Jahren rund 1.800 Lokalzeitungen aufgeben müssen. Vor allem im Mittleren Westen gibt es zahlreiche Counties, in denen es gar keine Zeitung mehr gibt.

Dieser Blick ins Ausland zeigt, dass der Markt allein nicht in der Lage ist, die notwendige Vielfalt und Sachlichkeit bereitzustellen. Wir beobachten stattdessen, dass mächtige Unternehmer, die oft ihr Hauptgeschäft in anderen Branchen haben, in den Mediensektor eingestiegen sind. Sie sichern sich so einen privilegierten Zugang zur Öffentlichkeit.

Wie einflussreich solche Unternehmen inzwischen geworden sind, zeigt der Brexit. Britische Boulevardblätter wie die Sun, die von Rupert Murdoch kontrolliert wird, haben sich massiv für den Brexit eingesetzt. Der Fernsehsender Fox, der in den USA zu einer Art Sprachrohr von Präsident Trump geworden ist, gehört ebenfalls zur Murdoch-Gruppe. Bill Shine, der ehemalige Vizepräsident von Fox News, ist heute Kommunikationsdirektor im Weißen Haus. Distanz zum Regierungslager – eigentlich auch für die US-Medien ein Teil der berühmten „Checks and Balances“ – ist kaum mehr erkennbar. Es kommt vielmehr zu einem politisch orchestrierten Zusammenspiel von Internetdiensten und Fernsehen. Wenn Präsident Trump per Tweet einen Slogan vorgibt, dann wird dieser von Fox-Moderatoren aufgegriffen und im Laufe des Tages

permanent wiederholt. Oder aber ein Fox-Moderator prägt einen flotten Spruch, den dann der Präsident per Tweet lobend erwähnt und verbreitet. Wer der Auffassung ist, bei uns gebe es „Staatsmedien“, der sollte sich das mal genauer ansehen.

Dies alles verdeutlicht, wie wichtig es auch heute noch ist, unabhängig von staatlicher Einflussnahme, unabhängig vom Geld der Oligarchen und IT-Milliardären, journalistisch zu arbeiten.

Demokratie ist auf gelingende Kommunikation, auf lebendige Öffentlichkeit angewiesen und damit auf Medien, die die Fakten recherchieren, kritische Wahrheiten herausfinden, die Vielfalt der Meinungen und die Lebenswirklichkeit der Menschen abbilden und so den gesellschaftlichen Diskurs fördern.

Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts kann dies auch heute noch am besten in einer *dualen* Rundfunkordnung gelingen. Einerseits soll sich private Initiative lohnen und am Markt bewähren, andererseits aber muss die unerlässliche „Grundversorgung“ der Bürgerinnen und Bürger mit einem vielfältigen Programmangebot technisch, organisatorisch, personell und finanziell sichergestellt sein.

Es geht um den Erhalt einer „kommunikativen Infrastruktur“ als Teil der Daseinsvorsorge, vergleichbar mit dem Straßenbau oder der Wasserversorgung.

Ähnlich, wie die Wasserversorgung für sauberes und gesundes Trinkwasser sorgt, kommt den öffentlich-rechtlichen Medien die Aufgabe zu, die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen, die verlässlich sind, damit alle Bürgerinnen und Bürger ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten nachkommen können.

Das ist – in Kombination und in gesunder, vielfältiger Konkurrenz mit privaten Medienanbietern, unsere freiheitliche Medienordnung, die das Verfassungsgericht über Jahrzehnte konzipiert und verteidigt hat.

Dazu gehört auch die Entscheidung zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Glaubhaft sind Vielfalt- und Integrationsauftrag nur mit der notwendigen Staatsferne. Finanziert wird der öffentlich-rechtliche Rundfunk daher von der gesamten Bürgerschaft. Jeder einzelne trägt durch Beiträge zum gemeinsamen, freien Rundfunk bei und macht ihn dadurch nicht zuletzt unabhängig. Unabhängig macht ihn auch ein staatsfern geregeltes Verfahren zur Ermittlung des konkreten Finanzbedarfs. Deshalb ist der Rundfunkbeitrag auch keine Steuer und auch nicht aus staatlichen Mitteln finanziert.

Alle haben durch diese solidarische Finanzierung den gleichen Zugang zur medialen Infrastruktur. Eine Privilegierung für Wohlhabende gibt es nicht. Sozial Schwache werden vom Beitrag befreit. Werbefinanzierung ist zwar eine zulässige Finanzierungsquelle, aber sie darf im Verhältnis zur Gesamtfinanzierung nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Um eine staatsferne Kontrolle der Einhaltung des Programmauftrages und der Programmgrundsätze und der Erfüllung des Auftrags herzustellen, werden Gremien beauftragt, die sich aus einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen (wie zum Beispiel Handwerksverbände, Bauernverbände, Religionsgemeinschaften, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) zusammensetzen.

Erst kürzlich hat das deutsche Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber vorgeschrieben, den Anteil zivilgesellschaftlicher Gruppen verfassungskonform zu gestalten. Der Anteil staatlicher Vertreter darf danach maximal ein Drittel der Gremienvertreter betragen.

Diese zivilgesellschaftliche Gremienzusammensetzung und die gemeinschaftliche Finanzierung sind Vorkehrungen dafür, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen gemeinwohlorientierten Programmauftrag unabhängig von der Einflussnahme der Parteien, Regierungen oder Wirtschaftsgruppen wahrnehmen kann.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in Deutschland deshalb unser gemeinsamer freier Rundfunk.

Gleichwohl wird verschiedentlich die Meinung vertreten, angesichts der rasanten Digitalisierung handele es sich dann doch eher um ein „Auslaufmodell“. Und in der Tat: Was das Mediennutzungsverhalten anbelangt, so erleben wir gerade in Teilen einen geradezu tektonischen Wandel. Die jüngste ARD/ZDF-Onlinestudie hat das wissenschaftlich und repräsentativ untermauert. Der gesellschaftliche Stellenwert des Internets und auch dessen Relevanz für die Meinungsbildung wächst rasant. Erstmals sind mehr als 90 % aller Deutschen ab 14 Jahre online. Selbst die Generation 70 plus ist mittlerweile zu über 60 % online.

Auch die Nutzungszeit des Internets steigt weiter – innerhalb eines Jahres um 47 Minuten auf 196 Minuten im Schnitt. 14- bis 29-Jährige sind 353 Minuten am Tag im Netz. 39 Prozent der Bevölkerung nutzt das Internet für Medienkonsum.

Fahren Sie am Morgen mit der Straßenbahn, dem Zug oder dem Bus zur Arbeit? Im Berufsverkehr noch vor 20 Jahren saßen alle Fahrgäste in ihre Zeitung vertieft. Heute schauen alle wie gebannt auf ihre Smartphones oder Tablets. Auch die Grenzen zwischen Massenkommunikation und Individualkommunikation, zwischen Sender und Empfänger sind nicht mehr deutlich auszumachen. Jeder kann zum Kommunikator werden. Dann aber sind doch – so wird hier und da argumentiert – die Journalisten bloß ein überflüssiges Hemmnis für die grenzenlose Informationsfreiheit. Die klassische Gatekeeperfunktion des Journalismus ist verlorengegangen.

Richtig ist aber auch: Die öffentlich-rechtlichen Angebote verfügen seit langem über eine große Akzeptanz in der Bevölkerung. Die ARD erreicht mit allen ihren Angeboten 80 Prozent der Menschen in Deutschland am Tag. Die Bürgerinnen und Bürger sehen mehrere Stunden am Tag fern und hören ausdauernd Radio. Statistisch

schauen sie im Durchschnitt 224 Minuten Fernsehsendungen am Tag und hören 181 Minuten Radioprogrammen zu. In Sachsen waren es im ersten Halbjahr 2018 sogar 253 Minuten Fernsehen am Tag. Ein Großteil der Nutzung davon entfällt auf Programme des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Allerdings: In der jüngeren Generation lassen sich Rückgänge im Konsum des linearen Rundfunks feststellen. Bei der Gruppe der 14- bis 29-Jährigen sind es zwar immerhin noch rund anderthalb Stunden pro Tag, die vor dem Fernseher verbracht werden. Aber der Rückgang ist hier am stärksten. Generell nimmt tendenziell die lineare Nutzung bei den unter 40-Jährigen ab.

Deshalb haben ARD und ZDF beispielsweise das gemeinsame Contentnetzwerk „funk“ vor zwei Jahren für 14- bis 29-Jährige im Netz entwickelt.

Aus der Forschung wissen wir, dass ein neues Medium allerdings niemals ein altes komplett ersetzt – das sogenannte Rieplsche Gesetz.

Vielmehr tritt das neue Medium als Ergänzung und Bereicherung in die alte Medienwelt ein und verbindet sich mit dieser.

Das Internet ist ein wunderbares Medium und aus unserem Alltag kaum noch wegzu-denken. Es ist schnell, es ist im freien Europa weitgehend unbegrenzt und es ermöglicht uns, Informationen aus allen Teilen der Welt und zu allen Themen in Echtzeit auf den Schirm zu holen. Mit den sozialen Medien halten wir mit unseren Freunden Kontakt über Grenzen und Zeitzonen hinweg. Wir können uns über unsere Sorgen und Nöte mit Menschen austauschen, die wir in einer analogen Welt niemals kennengelernt hätten. In Notsituationen rufen die sozialen Netzwerke das Beste in uns wach, wenn sich wildfremde Menschen via Facebook zu spontanen Hilfsaktionen verabreden.

Wir erinnern uns alle noch an das Hochwasser auch hier in Dresden 2002 und 2013. 2013 gab es die Welt der sozialen Medien, die es ermöglichen, sehr viele Helfer in kurzer Zeit zu mobilisieren. Es entstanden ganz andere Möglichkeiten der Unterstützung in den Notsituationen. Aber es gab auch Falschmeldungen, die Hilfe fehleiteten. Marc Zuckerberg, der Gründer von Facebook, das mittlerweile fast 2,3 Mrd. Menschen weltweit nutzen, hat gesagt:

*„In einer sich so schnell verändernden Welt wie unserer, wird jeder versagen, der nicht bereit ist, Risiken einzugehen.“*

Das ist nassforsch, typisch Zuckerberg eben: Es passt zu Facebooks idealisiertem Selbstbild. Denn die Internetkommunikation ist mit Risiken behaftet, von denen wir noch vor 30 Jahren, in einer Zeit, als das Internet gerade an der Schwelle zur öffentlichen Nutzung stand, keine Ahnung haben konnten. Wir verstehen sie auch jetzt erst nach und nach. Und man hat bei den großen Internetkonzernen den Eindruck, dass sie erst jetzt beginnen, sich mit den nachteiligen Wirkungen ihrer Angebote und vor allem ihres Geschäftsmodells auseinanderzusetzen.

Beklagt wird zum Beispiel, dass Jugendliche immer mehr Zeit in virtuellen Welten verbringen und bestimmte Kulturfertigkeiten wie das Lesen und Schreiben verlernen. Für den für die Demokratie so wichtigen demokratischen Diskurs sind jedoch andere Beobachtungen entscheidend. Ich will im Folgenden nur die wichtigsten fünf Beobachtungen ansprechen:

Demokratie braucht Fakten. Medien haben die Aufgabe, Fakten zu recherchieren und falsche Angaben kenntlich zu machen. Die Menschen, die in Rundfunk und Presse arbeiten, sind dieser Aufgabe verpflichtet. Sie können für Falschmeldungen vor Gericht auch persönlich zur Verantwortung gezogen werden. Natürlich gibt es immer wieder einmal Ausreißer. Fehler passieren – das war schon immer so und hat sich im digitalen Zeitalter nicht geändert.

Soziale Netzwerke aber fühlen sich dieser Aufgabe, also der Trennung von Fakten und Meinungen, schon im Ansatz nicht verpflichtet.

Sie versuchten sich lange als rein technische Plattform, ohne Einfluss auf und Verantwortung für die Inhalte hinzustellen. Daran hat sich – nicht zuletzt dank der Debatten über Desinformation, Hate-Speech und die Verantwortung der Anbieter sozialer Medien – in den letzten Monaten einiges geändert. Viel bleibt aber noch zu tun, wie das folgende Beispiel ganz deutlich zeigt:

Das renommierte Massachusetts Institute of Technology untersuchte 2018 die Verbreitung von bewusst unwahren Tatsachen, also Lügen, auf Twitter. Ausgewertet wurden 126.000 Ereignisse und zwar über einen Zeitraum von zehn Jahren. Dies lässt sich mit den Instrumenten der intelligenten Massendatenauswertung heute gut machen. Die Studie zeigt, dass sich Lügen im Netz viel schneller verbreiten als wahre Nachrichten.

Fake-News wurden mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 % eher geteilt als Fakten. Die Wirkung falscher Nachrichten steigt weiter an, wenn sie mit einem Video oder einer Audio-Nachricht versehen sind. Dabei wissen wir heute, wie einfach sich auch das durch eine Software manipulieren lässt. Ein schönes Beispiel hierfür war die angebliche Wahlempfehlung von Papst Franziskus zugunsten von Donald Trump. Diese frei erfundene Geschichte wies in den drei Monaten vor der US-Wahl die meisten Interaktionen von allen Meldungen auf Facebook auf und erzielte die größte Reichweite. Von den zehn erfolgreichsten Facebook-Artikeln in den USA war damals jede zweite eine Falschinformation.

Aus der Skandalisierung und der Verbreitung von Unwahrheiten in diesen Plattformwelten ist ein machtvolleres Geschäftsmodell geworden. Im britischen Blatt The Guardian heißt es dazu treffend: „Technologie zertrümmert Wahrheit.“ Und das renommierte Magazin MIT Technology Review geht Ende 2018 noch weiter und titelt „Technologie gefährdet unsere Demokratie“. Dasselbe Magazin berichtete 2013 noch

voller Optimismus unter den Eindrücken der sozialen Medien im arabischen Frühling, dass „Big Data“ die Politik rettet.

In der Demokratie sind oft eher nüchterne Debatten angesagt. Die Tagesschau oder auch MDR Aktuell kommt deshalb auch eher „trocken“ daher. Es wird auf emotionslose, faktenbasierte Sprache Wert gelegt. Soziale Netzwerke verlocken zum gegenteiligen. Um geteilt, geliked, gemocht zu werden, verstärken hier Nutzerinnen und Nutzer oft ganz unbewusst das Extreme und Emotionale. Die Verbreitung von emotionalen Nachrichten wirkt dabei oft authentischer als sachliche, journalistische Information. Das spielt primär wirtschaftlichen Interessen der Anbieter sozialer Medien in die Hände.

Ein gutes Beispiel liefert YouTube. Dort wird Nutzern, die sich ein Video ansehen, automatisch eine Rubrik mit weiteren Videos angeboten. Die Algorithmen sind so programmiert, dass das nächste Video tendenziell extremere Inhalte aufweist, um den Nutzer in die digitale Welt gleichsam hineinzuziehen. Das gilt in gleicher Weise für politische oder gesellschaftliche Inhalte und setzt – aus rein wirtschaftlichen Gründen – eine Radikalisierungsspirale in Gang.

Die sozialen Medien wirken bei Konflikten wie Brandbeschleuniger. Die Dinge, die uns am meisten trennen, erhalten die meiste Aufmerksamkeit. Aus einer „Mediendemokratie“ wird eine „Empörungsdemokratie“, so der Medienwissenschaftler Pörksen.

Für den freien Austausch in der Demokratie ist es wichtig, dass ein *offener und sicherer* Kommunikationsraum zu Verfügung steht. Meinungen sollen ausgetauscht und müssen ausgehalten werden, auch wenn sie nicht allen Beteiligten zusagen. Die Medien haben dabei eine Unterstützungsfunktion, indem sie die öffentliche Diskussion ermöglichen – und noch viel wichtiger: moderieren. Sie achten darauf, dass jeder zu Wort kommen kann, solange er oder sie sich dabei zivilisierter Umgangsformen befleißigt.

Denn Meinungsfreiheit ist nicht die Freiheit, beliebig andere anzugreifen und dabei andere zu verletzen. Von der *Moderation* – Moderation heißt bekanntlich „Mäßigung“ – geht eine wichtige Integrationsfunktion in der Gesellschaft aus.

In jüngster Zeit ist demgegenüber die Hasskommunikation im Netz geradezu explodiert. In der Folge bekommen wenige, aber Laute immer mehr Raum. Angegriffene räumen irgendwann entnervt das Feld. Engagierte Menschen löschen ihre Facebook- oder Twitter-Accounts. Wir haben es ja gerade aktuell auch bei einer Reihe von Politikern erlebt. Ganze Gruppen werden aus den Diskussionen in den sozialen Medien verdrängt. Das geschieht im Übrigen auch nicht geschlechtsneutral.

Die britische Zeitschrift Guardian hat über einen längeren Zeitraum die Kommentare auf der eigenen Webseite ausgewertet. Unter den zehn am meisten attackierten

Journalisten waren acht Frauen. Die beiden gleich stark betroffenen Männer waren schwarz. In ihrer Not wechseln Frauen auf anonyme Profile oder legen sich ein männliches Alias zu. Wir kennen das – von Schriftstellerinnen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. In einem Jahr, in dem wir gerade erst 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern konnten, bestürzt ein solcher Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten. Dabei sollte doch gerade in einer Demokratie jedermann und jede Frau öffentlich mitdiskutieren können. Im politischen Raum nimmt das Hassposting inzwischen ein Ausmaß an, das für mich lange unvorstellbar war. Alle Parteien berichten darüber, dass vor allem ihr Spitzenpersonal Angriffen weit unter der Gürtellinie ausgesetzt ist. Bei engagierten Journalistinnen und Journalisten bietet sich leider das gleiche Bild.

In einer internen Analyse des MDR Landesfunkhauses in Sachsen-Anhalt haben wir die Kommentare zur Berichterstattung zum Todesfall eines 22-Jährigen in Köthen ausgewertet: 44 % aller Kommentare haben gegen die Kommentarregeln des MDR verstoßen.

Das in Leipzig ansässige Zentrum für Presse- und Medienfreiheit stellte im Übrigen fest, dass sich die Anzahl körperlicher Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten wieder erhöht hat – auf 22 im Jahre 2018.

Es versteht sich von selbst, dass Körperverletzung, Verleumdung, Beleidigung und Bedrohung strafbar sind. Da die Server von Facebook und YouTube sich aber in den USA befinden, ist es außerordentlich schwierig, das deutsche Recht auch durchzusetzen.

Wer sich eine Meinung bildet, schaut naturgemäß darauf, was die anderen denken. Wegen des möglichen Einflusses auf den Wahlausgang ist in vielen europäischen Ländern, unter anderem in Frankreich, Spanien und Portugal, aber auch in Ungarn, die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen ein bis zwei Wochen vor der Wahl untersagt. Auch bei uns gibt es solche Selbstbeschränkungen.

Soziale Medien kümmern sich darum nicht. Für sie zählt nur der „Traffic“. Das österreichische Recherchekollektiv Mokant hat im Wahlkampf 2017 in Österreich mehr als 1700 meinungsstarke Facebook-Seiten aus Politik und Medien untersucht. Insgesamt wurden 2,9 Millionen Kommentare verfasst. Sie stammten von 400.000 Usern.

Doch der Anschein einer vielfältigen Debatte trog. Rund die Hälfte der Postings stammte von wenigen tausend Usern. Anders formuliert: Gerade einmal 2 % der User war für die Hälfte aller Äußerungen verantwortlich.

Und was man auch wissen muss: Hinter diesen Profilen stand zumeist gar keine echte Person, sondern eine Maschine. Man nennt diese „Maschinen“ „Bots“. Sie tweeten und re-tweeten automatisch und können inzwischen sogar kommentieren.

Verblüfft hat mich das Ausmaß des Einsatzes von Bots im Wahlkampf 2016 in den USA. Facebook hat zugegeben, dass von solchen Nachrichten mehr als 126 Millionen

Nutzerinnen und Nutzer kontaktiert wurden. Wenn man Instagram, das zum gleichen Konzern gehört, mitzählt, sind es sogar knapp 150 Millionen.

Nicht nur die überwältigende Quantität des digitalen „Meinungsmülls“ ist bedeutsam. Bots spezialisieren sich auf die gezielte Ansprache einzelner Wähler und Wählerinnen.

Die Firma Cambridge Analytica hat von Facebook Datensätze gekauft, um sie für die Wahlwerbung zu nutzen. Durch die Auswertung der Facebook Daten – selbstverständlich ohne Wissen der Nutzer – wurden Wählerprofile erstellt.

Die Funktionsweise muss man sich so vorstellen: Wer bei Amazon Windeln bestellt, bekommt einen Clip zur Familienpolitik. Wer sich nach den Kosten für einen Treppenlift erkundigt, bekommt einen Clip zum Thema Rentenpolitik. Dem einen Wähler wird mitgeteilt, dass sich der Kandidat für die Umwelt engagiert. Dem anderen könnte der Kandidat versichern, dass das Autofahren heute wichtiger sei denn je.

Solches Vorgehen nennt man Mikrotargeting. Die Nachrichten werden gezielt nach Ort, Geschlecht oder Einkommen adressiert. Damit verdienen die sozialen Netzwerke ein Vermögen.

Demokratie ist auf Transparenz und konsensuale Lösungen angewiesen.

Ich erinnere noch einmal an das Zitat von Barack Obama: Der Politische Prozess dient der *„Mitwirkung im Geist der Toleranz und des Kompromisses“*.

Die sozialen Medien bewirken häufig das genaue Gegenteil. Die Menschen werden vom Algorithmus gezielt mit den Nachrichten bedient, die sie in einer vorgefassten Meinung bestätigen. Inhalte werden genau auf Interessen und Neigungen der Nutzer zugeschnitten, was zur wechselseitigen Verstärkung gleichgerichteter Meinungen führt.

Das geschieht in den sogenannten Filterblasen, die sich zu Echokammern verfestigen. Der Algorithmus unterstützt nicht Vielfalt und Zusammenhänge, sondern eine „Wohlfühlumgebung“, um die Verweildauer auf den Seiten des Anbieters zu maximieren und den Werbewert der Plattform zu erhöhen.

Deshalb werden auch die vermeintlich neutralen Ergebnisse der Suchmaschinen vom Algorithmus vorgefiltert. Auch sie sind teils werbefinanziert, teils von Klickzahlen abhängig. Die globalen Internetkonzerne sind somit zu mächtigen Gatekeepern auch für Informationen geworden. Es verändert sich damit auch der Charakter unserer demokratischen Prozesse. Und: es wird schwieriger, einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu führen, da der Diskurs immer stärker in viele Teilöffentlichkeiten zerfällt.

Ich fasse zusammen: Das Internet ist ein wunderbares Medium. Es erweitert unsere Kommunikationsmöglichkeiten, die Teilhabemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, und erweitert zugleich auch unsere Möglichkeiten, die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden.

Aber es hat ebenso Risiken und Nebenwirkungen, die den demokratischen Diskurs ganz erheblich belasten können. Diese nachteiligen Wirkungen beunruhigen auch das Bundesverfassungsgericht.

Die Karlsruher Richterinnen und Richter sorgen sich darum, dass es schwieriger wird, Fakten und Meinungen sowie redaktionellen Inhalt und Werbung voneinander zu unterscheiden.

Ebenso besorgniserregend ist die Verunsicherung im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit von Quellen. Nutzerinnen und Nutzer sind zu kritischer Bewertung der Inhalte aufgerufen. Aber wie, wenn im Dunkeln bleibt, wer eine Meldung auf welcher Grundlage in die Welt gesetzt hat?

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen nennt die *Identität* und die *Integrität* des Kommunikators mit Recht die „zentralen Ankerpunkte zur Einschätzung von Glaubwürdigkeit und Wahrheit“. Beide sind in der digitalen Öffentlichkeit dubios geworden. Der Netztheoretiker Michael Seemann spricht von einer „Deregulierung des Wahrheitsmarktes“, vergleichbar mit der „Deregulierung der Finanzmärkte“, die bekanntlich eine der Ursachen für die globale Bankenkrise vor zehn Jahren war. Jedenfalls hat die Social-Media-Revolution die Deutungshoheit professioneller Medien im öffentlichen Diskurs beendet.

Das Bundesverfassungsgericht hat im Juli 2018 ein weiteres Rundfunkurteil gesprochen und stärkte vor diesem Hintergrund den betragsfinanzierten freien unabhängigen Rundfunk

Nach Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts wächst die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in dieser digitalisierten Welt. Es gehe darum, Vielfalt zu sichern, Orientierungshilfe zu bieten und ein *Gegengewicht* zu bilden. Viele mag diese Wendung überraschen. Aber angesichts des Siegeszuges der sozialen Medien ist der professionelle Journalismus insgesamt geschwächt.

Demokratie braucht Qualitätsmedien und für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist dies Auftrag und Verantwortung zugleich.

Wir stehen deshalb mehr denn je in der Pflicht, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu befördern, Polarisierungen abzubauen, Brücken der Verständigung zu errichten und unser gemeinsames Wertefundament zu sichern.

Das Gericht hat auch sehr klare Vorstellungen davon, wie dies vonstatten gehen soll: Durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen und durch die klare Trennung von Fakten und Meinungen. Dazu gehört auch, die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und das Sensationelle nicht um der Quote und der Klicks willen in den Vordergrund zu rücken. Dieser Herausforderung stellen wir uns tagtäglich durch den Anspruch, hier für alle Menschen in unserem Sendegebiet rund um die Uhr der verlässliche Qualitätsanbieter im Radio, im Fernsehen und im Netz zu sein.

Dabei spielt auch das Vertrauen in die Medien eine wichtige Rolle.

In dieser hochkomplexen Welt ist es kaum noch möglich, wesentliche Bereiche selbst, unmittelbar zu erfassen und wahrzunehmen. Stärker denn je sind die Bürger auf Vermittler, Institutionen, glaubwürdige Zeugen angewiesen. Damit wächst die Bedeutung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen.

Glaubwürdigkeit und Vertrauen ist deshalb heute eine wichtige Währung für Medienanbieter. In den letzten Jahren wurde viel über eine Vertrauenskrise der Medien debattiert. Auch hier helfen zunächst Fakten.

Richtig ist nach verschiedenen Langzeitstudien z. B. der Universität Mainz, dass das Vertrauen in die Medien in den letzten Jahren wieder gestiegen ist. Besonders öffentlich-rechtliche Medien, aber auch regionale Tageszeitungen, genießen Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Das Vertrauen und die Nutzung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Presse in Deutschland sind vergleichsweise groß und stabil. Allerdings ist mittlerweile auch ein Polarisierungseffekt zu erkennen, der dazu führte, dass sich angesichts der umkämpften Pro- und Contrapositionen ein schärferes Bewusstsein für berechnete Vorwürfe und unberechtigte Angriffe bildet.

Eine weitere Erkenntnis der Studie lautet, dass ein Teil der Gegnerschaft zu den Medien mit Gefühlen der Entfremdung sowie mangelndem Medienwissen einhergeht. Es besteht der Wunsch mit den eigenen Ansichten und der eigenen Lebenswirklichkeit besser wahrgenommen zu werden.

Ein deutlich kleinerer Teil der Bevölkerung geht nach der Studie davon aus, dass etablierte Medien mit der Politik Hand in Hand arbeiten, um Meinungen zu manipulieren und die Menschen systematisch zu belügen.

Zudem gibt es – und das ist eine weitere Erkenntnis der Studie – eine kritische Sicht der Bevölkerung auf Fake-News und Hasskommentare. Die Mehrheit stuft dies als ernstzunehmendes Problem ein und verlangt gesetzgeberische Schritte. Und dazu gehört auch, dass das Internet insgesamt an Vertrauen verloren hat. Soweit die wesentlichen Ergebnisse der Studie.

Auch dem MDR vertraut nach den neuesten Untersuchungen des letzten Jahres die überwiegende Mehrheit – 90 % – der Menschen, 63 % vertrauen uns in besonderem Maße. In Sachsen ist dieser Wert zuletzt noch einmal leicht angestiegen.

Allerdings: Wer aufhört, sich zu verbessern, hört über kurz oder lang auf, gut zu sein. Das heißt, wir müssen uns auch mit kritischen Stimmen auseinandersetzen.

So stellen wir auch fest, dass ein Teil der Bevölkerung das Gefühl hat, wir würden parteiisch berichten und sind politisch nicht genügend unabhängig. Dies betrifft nicht nur den MDR, sondern generell die etablierten Medien. Viele haben beispielsweise die Berichterstattung über die Ukraine-Krise 2014 als zu russlandkritisch empfunden. Die

Berichterstattung über die Migrationskrise im Jahre 2015 fanden mehr als die Hälfte der Deutschen zu regierungsfreundlich.

Wir nehmen diese Kritik sehr ernst. Ich kann Ihnen eines versichern: Die Journalistinnen und Journalisten beim MDR sind Menschen, die ihre Arbeit ernsthaft und mit viel Herzblut verrichten. Und es trifft sie, wenn sie pauschal als Lügnerinnen und Lügner verunglimpft werden.

Eine Studie der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz aus dem Januar 2019 „zur Richtigkeit und Ausgewogenheit der Medienberichterstattung in der so genannten „Flüchtlingskrise“ in überregionalen Tageszeitungen sowie bei ARD, ZDF und RTL hat ergeben, dass die Medienberichterstattung damals die relevanten Fakten ganz überwiegend korrekt dargestellt hat.

Die wertende Berichterstattung erfolgte hingegen in einer Art Wellenbewegung: Der abstrakte Sachverhalt der Zuwanderung wurde zwar als problematisch dargestellt. Die Darstellung einzelner Flüchtlingsschicksale überwog aber anfangs und war überwiegend empathisch gestaltet. Nach der Silvesternacht 2015/2016 und den Übergriffen in Köln kippte die Stimmung – zugunsten einer Berichterstattung hauptsächlich über Kriminalität unter Zuwanderern. Das Fazit der Wissenschaftler lautet: Die Berichterstattung war sachlich richtig, aber nicht immer ausgewogen.

Ich bitte Sie aber auch, Folgendes zu bedenken: Auch Zuschauerinnen und Zuschauer sind nicht zu 100 % unvoreingenommen. Schon seit Mitte der 80er Jahre kennt die Psychologie ein Phänomen, das man den „hostile media effect“ – den feindliche Medien-Effekt – nennt.

Wissenschaftler der Stanford-Universität konnten damals experimentell nachweisen, dass Menschen, die zu einer Streitfrage eine engagierte Position vertreten, dazu tendieren, mediale Berichterstattung als unfair, sogar als feindselig wahrzunehmen. Das kann so weit gehen, dass sich die Anhänger *unterschiedlicher* Positionen *gleichermaßen* an demselben Bericht stoßen.

Die Flüchtlingskrise hat zu einer der am stärksten polarisierenden Debatte in der jüngeren deutschen Geschichte geführt. Es ist kein Wunder, dass es hier den Journalistinnen und Journalisten kaum gelingen konnte, eine Berichterstattung zu gestalten, die von allen als gut gelungen und neutral empfunden wurde. Gleichwohl hinterfragen wir uns in unserer Berichterstattung noch mehr, ob wir das Thema genügend ausgewogen aufbereitet haben.

Für den Auftrag des Rundfunks gefährlich wäre es allerdings, wenn es sich dabei um ein systemisches Problem handeln würde. Sie werden vom Fall Relotius gehört haben, der sich beim Nachrichtenmagazin Spiegel ereignet hat. Einem jungen und mehrfach preisgekrönten Journalisten ist nachgewiesen worden, dass er Teile seiner

Reportagen frei erfunden hatte. Sichtbar wird an diesem Fall, dass bestimmte Formate Gefahr laufen, das Erzählen von Storys und Geschichten stärker in den Vordergrund zu rücken, als das nüchterne Übermitteln von Fakten.

Man darf aber gerade nicht danach schauen, welche Meinungen und Vorurteile existieren, um diese dann zu bedienen. Die bewährten Grundsätze des sorgfältigen Recherchierens und der Objektivität gelten heute mehr denn je. Wir reflektieren heute noch stärker als früher über unsere Arbeitsweise und unsere Arbeitsabläufe, um sicherzustellen, dass uns Ähnliches nicht auch passiert. Unser zentrales Anliegen bleibt die sorgfältige Recherche und das Überprüfen von Fakten. Fakten-Checks sind ein wichtiges Hilfsmittel für interessierte Zuschauerinnen und Zuschauer, um sich in der unübersichtlichen Nachrichtenlage besser zurechtzufinden. In Wahlkampfzeiten sind sie wichtiger denn je.

Deswegen hatten wir ARD-weit vor den letzten Bundestagswahlen ein Fact-Checking-Team mit Kolleginnen und Kollegen aus allen Landesrundfunkanstalten der ARD bei der Tagesschau in Hamburg aufgebaut. Dort wird natürlich auch jetzt weiter gearbeitet.

Eine weitere, wichtige Konsequenz ist, dass wir viel stärker für Transparenz über unsere Arbeit sorgen. Ziel ist es, unserem Publikum die *Menschen* hinter der Berichterstattung zu zeigen und offen zu erklären, wie die Berichterstattung zustande gekommen ist. Wir erklären unsere Arbeit heute mehr. Dazu gehört auch eine neue Fehlerkultur: Ein offener, ehrlicher und unaufgeregter Umgang und eine nachvollziehbare, transparente Korrektur wie wir sie auf unserer Website mdr.de in einer eigenen Korrekturen-Rubrik vornehmen.

Generell muss die Antwort auf das Mehr an Polarisierung ein Mehr an Dialog und Gemeinschaft sein.

Integration und Verständigung erreicht man dabei nicht durch eine ausschließliche Fokussierung auf die Tagespolitik. Deshalb gehören zu unserem Programmauftrag neben Information und Bildung auch Unterhaltung und Kultur.

Wichtig sind auch Gemeinschaftserlebnisse (auch „Lagerfeuereffekte“ genannt), über die wir trotz aller Differenzen ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben können.

Früher ist dies vor allem durch Krimis und Unterhaltungsshow gelungen, die sich manchmal wie die Durbridge-Krimis in den 60-er Jahren oder später „Wetten, dass“ als Straßenfeger erwiesen haben. Heute wird dies im Fernsehen zum Beispiel durch die Übertragung internationaler Sportereignisse, die Ausstrahlung von Unterhaltungssendungen oder hochwertige Fernsehfilme und erfüllt.

Nicht jedes unserer Angebote wird jedem gefallen, aber es ist unbestreitbar, dass gerade Kultur und Sport den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und

übermäßigen Polarisierungen vorbeugen. Ganz zu schweigen davon, dass sich nicht jeder Haushalt ein teures Pay-TV-Abo für die Bundesliga leisten kann.

Und wir beim MDR setzen, um Dialog und Verständigung zu fördern, auf das Motto „Mittendrin“. Wir sind mittlerweile viel öfter in den drei Ländern unterwegs, um z. B. neu produzierte Dokumentationen oder Filme vorzustellen und darüber mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Wir hören zu, nehmen die Anregungen auf und wollen zudem, dass die Menschen durch solche Veranstaltungen noch stärker miteinander ins Gespräch kommen.

Ein weiteres Beispiel für Dialog ist die regelmäßige Programmacheraktion aller Redaktionen im MDR. Wir laden ein, unsere journalistische Arbeit und den redaktionellen Alltag zu erleben. Wir müssen mehr als früher erklären, was wir tun.

Und schließlich wollen wir innovativer und relevanter in der Netzwelt werden. Hieran arbeiten wir und sind wie alle Medienanbieter mitten in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Der MDR ist dabei, sich zu einem modernen Multimediahaus weiterzuentwickeln. Die große Herausforderung des digitalen Umbaus besteht dabei darin, weiterhin vielfältige Qualitätsangebote im klassischen Fernsehen und Radio anzubieten und auch für die Menschen im Netz ein relevanter Anbieter zu sein.

Wir wollen auch in diesen neuen Kommunikationsräumen verlässlich für die Menschen Qualitätsangebote unterbreiten, z. B. mit der App MDR Aktuell, mit der neuen App MDR Kultur, und von diesem Jahr an mit einer App für regionale Inhalte in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Mit der 2017 gestarteten ARD-Audiothek und der neuen ARD-Mediathek zeigt auch unser ganzer Senderverbund welche kreative Vielfalt der gemeinsame freie Rundfunk für alle Bürgerinnen und Bürger schafft. Letzter aber ganz wesentlicher Auftrag für uns in dieser digitalisierten Medienwelt: Wir müssen noch stärker Medienwissen und Medienkompetenz vermitteln. Der von mir bereits zitierte Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen hob hervor, dass die Medienmündigkeit der Bürgerinnen und Bürger heute zu einer Existenzfrage der Demokratie werde.

Der kluge Umgang mit Informationen muss zur Allgemeinbildung werden. Dazu gehören auch solche Fragen wie die nach der Bedeutung von gutem Journalismus für demokratische Gesellschaften, wie arbeiten Journalisten, wie erkennt man Qualität bei den journalistischen Produkten? Woran erkennt man Fake-News, Desinformation, manipulierte Bilder?

Dies ist aber keine alleinige Aufgabe der Medien, sondern eine große bildungspolitische und gesamtgesellschaftliche Herausforderung, auf die wir nach meiner Überzeugung heute dringend Antworten geben müssen.

Der MDR stellt sich dieser Verantwortung und hat zum Beispiel ein Medienkompetenzzentrum aufgebaut, das Sie im Netz als Portal unter MDR 360G finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Damit komme ich zum Schluss: „Es geht um Demokratie“ ist auch der programmliche Leitgedanke des Mitteldeutschen Rundfunks in diesem besonderen Jahr 2019. Mit vielfältigen regional verankerten und multimedialen Angeboten wollen wir eine Plattform für den Dialog in unserem Land bieten und Raum für Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger zu den Themen dieser Zeit.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dabei sind und Ihnen auch meine Rede Anregungen für unser gesellschaftliches Gespräch gegeben hat.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

# DRESDNER REDEN 1992 – 2019

## 1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt  
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

## 1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow –  
Regine Hildebrandt  
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

## 1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf  
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

## 1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens  
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

## 1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer  
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

## 1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass  
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

## 1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád  
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

## 1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider  
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

## 2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies  
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

## 2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun  
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

## 2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr  
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

## 2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann  
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

## 2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel  
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

## 2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt  
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

## 2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer  
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

## 2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt  
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

## 2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck  
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange



**2009**

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan  
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

**2010**

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller  
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

**2011**

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

**2012**

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel

**2013**

Stephen Greenblatt – Markus Beckedahl – Jürgen Rüttgers – Nike Wagner

**2014**

Heribert Prantl – Roger Willemsen – Jürgen Trittin – Sibylle Lewitscharoff

**2015**

Heinz Bude – Carla Del Ponte – Jakob Augstein – Andreas Steinhöfel – Michael Krüger

**2016**

Naika Foroutan – Peter Richter – Giovanni di Lorenzo – Joachim Klement

**2017**

Ilija Trojanow – Lukas Bärfuss – Eva Illouz – Matthias Platzeck

**2018**

Richard Sennett – Norbert Lammert – Dunja Hayali – Eugen Ruge

**2019**

Doris Dörrie – Karola Wille – Robert Menasse – Ian Kershaw

## IMPRESSUM

Spielzeit 2018/2019

HERAUSGEBER Staatsschauspiel Dresden

INTENDANT Joachim Klement KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER Wolfgang Rothe

GRAFISCHE GESTALTUNG Andrea Dextor

TEXTNACHWEISE Alle Rechte liegen bei den Redner\*innen

### GENDERHINWEIS

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird in dieser Publikation an manchen Stellen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung, z. B. Besucher\*innen, verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Menschen.

Das Staatsschauspiel Dresden ist Mitglied  
der European Theatre Convention.



**02.2019**